

**Antwort zur schriftlichen Anfrage der AfD-Fraktion Bad Karlshafen zu
Sozialwohnungen in Bad Karlshafen vom 11.03.2019**

Der Landkreis Kassel hatte am 20. November 2018 die Stadt Bad Karlshafen gebeten, im Zusammenhang mit der durch den Landkreis beabsichtigten Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft den Bedarf der Stadt Bad Karlshafen an

1. Sozialwohnungen
 2. bezahlbarem Wohnraum
 3. altengerechten und barrierefreien Wohnungen
- dem Immobilienmanagement des Landkreises mitzuteilen.

Dem Landkreis wurde mit E-Mail vom 26. November 2018 mitgeteilt, dass zu den ersten beiden Punkten in Bad Karlshafen kein Bedarf besteht, zum dritten Punkt fand im Januar ein Gespräch zwischen dem Immobilienmanagement des Landkreises Kassel, dem Bauamtsleiter und dem Bürgermeister im Rathaus Bad Karlshafen statt, bei dem seitens des Landkreises auch die Grundzüge der Idee der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft dargestellt wurden.

Im Rahmen des Gespräches wurde ein geschätzter Bedarf an 20 altengerechten und barrierefreien Wohnungen in der Stadt Bad Karlshafen (10 pro Stadtteil) angemeldet. Hierbei handelt es sich weder um einen konkreten Bedarf noch um einen Bedarf an neu zu schaffendem Wohnraum, sondern besteht aus Sicht der Stadt die grundsätzliche Notwendigkeit – insbesondere im Hinblick auf den demographischen Wandel und die Attraktivität der Altstadtkerne –, perspektivisch Möglichkeiten für ein barrierefreies Wohnen im Alter zu schaffen (vgl. bspw. auch Ergebnisse ISEK Helmarshausen).

Es wurde daher kein Bedarf an 20 Sozialwohnungen angemeldet, sondern ein allgemeiner Bedarf an 20 altengerechten/barrierefreien Wohnungen. Bei der angesprochenen Grafik wird nicht in die o. g. drei Wohnarten unterschieden, weshalb der Eindruck entsteht, die Stadt Bad Karlshafen habe Bedarf an 20 Sozialwohnungen gemeldet.

Die Bedarfsmeldung erfolgte unabhängig von einer Beteiligung der Stadt Bad Karlshafen an einer Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises. Dem Landkreis Kassel wurde bereits im Jahr 2018 mitgeteilt, dass aus Sicht der Stadt derzeit kein Interesse an einer Beteiligung an einer Wohnungsbaugesellschaft besteht, da insgesamt ausreichend Wohnraum vorhanden und die Stadt zudem bereits Mitglied bei der Gewobag Hofgeismar ist.



(Dittrich)
Bürgermeister